

Jugend für die Truppe?

Darf die Bundeswehr an Schulen werben? – Mandatsträger einladen

WEISENBURG – „Die Bundeswehr in der Schule – Widerspruch zur schulischen Friedenserziehung oder nicht?“ Der Beantwortung dieser Frage diente eine bildungspolitische Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Weisenburg. Der Kreisverband der GEW hatte sich dazu Gäste aus Berlin eingeladen.

Thomas Schmidt, Mathematiklehrer am Berliner Robert-Blum-Gymnasium, berichtete von den gewaltigen Anstrengungen, die die Bundeswehr gegenwärtig unternimmt, um nach Aussetzung der Wehrpflicht frühzeitig auf Minderjährige zuzugehen.

Der hierfür zur Verfügung stehende Werbeetat sei innerhalb weniger Jahre auf einen Betrag von rund 30 Millionen Euro verdreifacht worden. Mit diesem Geld finanziere die Bundeswehr unter anderem ihre Beteiligung an Berufsmessen oder an der Berliner Jugendmesse „YOU“, auf der ein Kampfjet und ein Panzer präsentiert wurden, berichtete der Gymnasiallehrer.

„In Schulen und Vereinen werben“

Der Referent zeigte in Weisenburg Fotos von herumtollenden Kindern, die auf Militärfahrzeuge kletterten wie auf Spielplatzgeräten. Zusammen mit einer Internetplattform, Praktika, Truppenbesuchen und anderen Events würden so um die 300 000 Teenager im Jahr erreicht. Zudem bahnte die Bundeswehr über „Karriereberater“ Kontakte zu potenziellen Rekruten verstärkt in den Schulen an. So forderte der ehemalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière 2011: „Die Mitarbeiter müssen raus in die Schulen, raus in die Sportvereine und dort werben.“

Den indirekt werbenden Auftritt der Jugendoffiziere in den Schulen räumte sogar ein anwesender ehemaliger Jugendoffizier der Bundeswehr aus dem Publikum ein, der darüber hinaus einige Vorgehensweisen seiner Kolleginnen und Kollegen kritisierte.

Politiker nicht Soldaten

Ein generelles Problem mit dem Besuch der Bundeswehr in Schulen offenbarte Reinhard Wagner vom Bündnis „Schule ohne Militär“. Seiner Ansicht nach sei es nicht die Aufgabe der Exekutive, zu der die Bundeswehr zählt, die Richtlinien und Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zu vermitteln. Das müsse die Politik machen, die dafür verantwortlich sei.

Aus seiner Sicht sollten deshalb eher Mandatsträger als Jugendoffiziere in die Schulen geladen werden. Durch Einladung verschiedener Parteivertreter in den Unterricht werde auch dem Kontroversitätsgebot viel eher entsprochen als durch die einseitige, im Prinzip stets regierungsnahen Darstellung der Ziele und Handlungen der Bundeswehr in den Konflikten, in die sie zurzeit involviert ist.

Aus diesen Erwägungen heraus entwickelten sich am Berliner Robert-Blum-Gymnasium in der Lehrerkonferenz und in der Schulöffentlichkeit zunächst eine Diskussion über und später eine Position gegen die Auftritte der Bundeswehr in der Schule. Die Schule verzichtet auf Besuche von Bundeswehrpersonal und erhält keinerlei Werbematerial zur Verteilung. Dafür wurde ihr, zusammen mit der Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach und einer der Friedensarbeit verpflichteten Schule im Irak, der Aachener Friedenspreis 2013 zugesprochen.

„WI“ 29.10.2014, S. 3